



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Aktionsplan Luftreinhaltung: Bürger schützen – Fahrverbote verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Aktionsplan zur Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayerns Städten vorzulegen.

Der Aktionsplan muss mindestens folgende Punkte umfassen:

- In Verhandlungen mit den Fahrzeugherstellern muss erreicht werden, dass diese neue und im Verkehr befindliche Euro 6-Fahrzeuge so nachrüsten, dass auch im Realbetrieb akzeptable Werte erreicht werden.
- In Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Fahrzeugherstellern und Zulieferbetrieben muss für ältere Diesel-Fahrzeuge (v.a. Euro 5) ein Standard „Euro 5,5“ definiert werden, damit entsprechende Nachrüstsätze entwickelt werden können.
- In Verhandlungen mit den Städten muss eine Schadstoffreduktion bei Bussen und Taxen erreicht werden.
- Der Ausbau der Elektromobilität in den Innenstädten muss massiv forciert werden.

Durch den Aktionsplan sollen die Bürgerinnen und Bürger geschützt und Fahrverbote für bayerische Städte vermieden werden.

Begründung:

Die aktuelle Debatte um die Feinstaub- und Stickoxidbelastung in bayerischen Städten schlägt hohe Wellen. Am Wochenende tagte die Staatsregierung mit dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, zu dem Thema – ohne Ergebnis. Dabei muss rasch gehandelt werden, sonst drohen Fahrverbote für Besitzer fast neuer Diesel-Fahrzeuge. Deshalb ist die Staatsregierung aufgefordert, unverzüglich einen wirksamen Aktionsplan zur Reduzierung der Schadstoffbelastung in Bayerns Städten vorzulegen.

Dabei müssen die Hersteller Lösungen für neue Fahrzeuge anbieten, da mitunter sogar bei Euro 6-Fahrzeugen deutlich überhöhte Schadstoffemissionen gemessen wurden. Bei älteren Fahrzeugen, z. B. mit Euro 5, müssen Standards definiert werden, damit Hersteller und externe Ausrüster geeignete Nachrüstsätze entwickeln und auf den Markt bringen können.

Ferner muss die Elektromobilität massiv ausgebaut werden, etwa durch Förderprogramme, kostenlose Ladesäulen oder privilegierte Parkplätze. Auch der ÖPNV und Taxen müssen zu einer deutlichen Reduzierung der Schadstoffbelastung in Bayerns Städten beitragen.